

Leerwohnungsziffer Bundesamt für Statistik

Tel. Medienstelle: 043 243 40 42

Mehr Einsatz gegen Wohnungsnot nötig

Die Leerwohnungsquote ist weiter gesunken. Sie beträgt nur noch gerade 0.9 Prozent und ist gegenüber dem Vorjahr um 6 Prozent zurückgegangen. Das knappe Angebot an Mietwohnungen treibt die Preise in die Höhe. Es braucht deshalb Gegenstrategien: Eine echte Wohnbauförderung, eine verstärkte Unterstützung der Wohnbaugenossenschaften und bessere Rahmenbedingungen für den Bau und den Erhalt von preisgünstigem Wohnraum.

14. September 2009

Die heute publizierten Zahlen des Bundesamts für Statistik zeigen, dass in fast allen Regionen der Schweiz die Anzahl der freien Mietwohnungen weiter gesunken ist oder auf einem sehr tiefen Wert verharrt.

Dies ist nicht ohne Auswirkungen auf die Mietpreise geblieben: In praktisch allen Städten und Agglomerationen ist seit Jahren das Angebot an zahlbaren Mietwohnungen sehr klein und die Preise der angebotenen Wohnungen sind massiv gestiegen, im letzten Jahr um rund 4 Prozent.

Diese Entwicklung ist auch eine Folge der politischen Passivität. Wohnbauförderung findet nur sehr beschränkt statt, da auch hier zu stark auf die Marktkräfte vertraut wird. Doch der Markt alleine richtet es nicht. Es braucht die gezielte Unterstützung für den Bau und den Erhalt von preisgünstigem Wohnraum:

- Wohnbauförderung: Der Bund legt seit diesem Jahr wieder Geld in einen Fonds de Roulement für die Unterstützung der Wohnbaugenossenschaften. Dies genügt jedoch nicht, er muss sich direkt bei der Förderung von preisgünstigem Wohnraum engagieren.
- Landpolitik der öffentlichen Hand: Bund, Kantone und Gemeinden sollen zu sinnvollen Preisen Bauland an die Genossenschaften abgeben. Vielerorts wird Land nur noch an den Meistbietenden verkauft. So gehen Wohnbaugenossenschaften leer aus.
- Zielführende Planung: Viele Gemeinden wollen nur noch Einfamilienhauszonen – oder sogar Sonderbauzonen – schaffen. Der Mietwohnungsbau für mittlere und schwächere Einkommen ist nicht mehr erwünscht. Bei grossen Überbauungen müssen die Gemeinden mit geeigneten Instrumenten für eine Durchmischung sorgen, die auch preisgünstige Wohnungen beinhaltet.
- Erhalt von preisgünstigem Wohnraum: Das Ziel, vermehrt Liegenschaften energetisch zu sanieren, führt zu einem weiteren Mietzinsanstieg. Die Politik ist gefordert, diese Mietzinsanstiege abzufedern, damit es weiterhin auch preisgünstige Wohnungen gibt.

Der Schweizerische Mieterinnen- und Mieterverband fordert Bund, Kantone und Gemeinden auf, die Wohnungsnot aktiver zu bekämpfen. Und der MV hofft auf die Unterstützung seiner Initiative „Für zahlbares und attraktives Wohnen“ durch die Stimmberechtigten des Kantons Luzern am 27. September 2009. Das Volksbegehren will preisgünstige Wohnungen erhalten, die Wohnverhältnisse verbessern und den gemeinnützigen und sozialen Wohnungsbau fördern. Ebenfalls Unterstützung erwartet der MV vom Grossen Rat des Kantons Bern, der zurzeit das Gesetz zur Förderung des preisgünstigen Wohnraums berät, das vom Mieterinnen- und Mieterverband mit einer Initiative verlangt wurde.